

Newsletter

Nr. 07/2023



Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

eine weitere Sitzungswoche in bewegten Zeiten liegt hinter uns. Deutschland steht am Beginn einer Rezession, das Heizungschaos sorgt die Menschen im Land sehr, die Migrationslage spitzt sich zu und das internationale Geschehen muss uns immer stärker beunruhigen.

Was sich leider nicht bewegt, ist die Bundesregierung. Eigentlich müssten die Signale aus der Wirtschaft den Bundeskanzler wachrütteln, das Gegenteil ist der Fall. Hohe Energiepreise und keine klare Linie in der Wirtschaftspolitik verunsichern Unternehmer und Arbeitnehmer. Von der konzertierten Aktion des Bundeskanzlers zur Bekämpfung der Inflation haben wir seit Monaten nichts mehr gehört. Gleichzeitig setzt die Bundesregierung das verkorkste Heizungsgesetz von der Tagesordnung ab, wann es beschlossen werden kann und in welcher Form, steht in den Sternen. Ebenfalls abgesetzt wurde die Verabschiedung der Nationalen Sicherheitsstrategie - ein fatales Zeichen in diesen Zeiten.

Die beim Migrationsgipfel verabschiedeten Maßnahmen, wie z. B. die Verlängerung des Ausreisegewahrsams, werden auf die lange Bank geschoben, die Innenministerin lehnt weitere Grenzkontrollen ab - ein weiteres Zeichen von Handlungsunfähigkeit der Regierung.

Das alles lässt mich mit einem unguuten Gefühl in die Pfingstpause starten, Regierungschao und Handlungsunfähigkeit der Regierung schaden unserem Land und machen mir große Sorgen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien dennoch ein paar schöne Pfingsttage

Ihre
Nina Warken

25 Jahre gelebte deutsch-französische Freundschaft



den Frieden und das Zusammenleben in Europa.

So darf ich der Gemeinde Ahorn und der Partnerstadt Plesder zu diesem Jubiläum deutsch-französischer Freundschaft gratulieren. Danke an alle Ehrenamtlichen, die die Partnerschaft mit Leben füllen.

Vergangenes Wochenende durfte ich an den Feierlichkeiten anlässlich der Städtepartnerschaft zwischen Ahorn und Plesder teilnehmen. 25 Jahre sind sich Bürgerinnen und Bürger in Freundschaft begegnet- über Landes-, Sprach- und Kulturgrenzen hinweg. Diese persönlichen Beziehungen, welche durch Städtepartnerschaften entstanden sind und gepflegt werden, agieren als stabile Basis und Garant für eine Freundschaft, gemeinsam für

Landesvertreterversammlung der CDU BW



In der Filderhalle in Leinfelden-Echterdingen fand die Landesvertreterversammlung der CDU Baden-Württemberg statt.

Gemeinsam mit Manfred Weber, MdEP und Partei- und Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei, haben wir über die aktuellen Herausforderungen in der Europapolitik diskutiert. Höhepunkt dieses Tages war jedoch die Aufstellung der Landesliste zur

Wahl zum Europäischen Parlament im kommenden Jahr. Ganz besonders freut mich die Nominierung von Theresia Paul und Marie-Sophie Lanig aus dem Main-Tauber-Kreis, die jeweils mehr als 90 Prozent der Stimmen erreicht haben.

Herzlichen Glückwunsch!

Mein neuer WhatsApp-Broadcast!

Hier informiere ich regelmäßig durch das Versenden von direkten WhatsApp-Nachrichten über meine Arbeit in Berlin und Odenwald-Tauber. Wenn auch Sie künftig auf diesem Weg über bundespolitische Themen und aktuelle Neuigkeiten aus dem Wahlkreis auf dem Laufenden gehalten werden wollen, **senden Sie eine Nachricht mit Ihrer Postleitzahl an +49 151 222 55 0 88**. Dann kann es losgehen mit #NinasNews auf dem Handy!



Aus dem Wahlkreis

Jubiläum des VdK-Sozialverbands in Grünsfeld



Der VdK-Kreisverband Tauberbischofsheim setzt seit nunmehr 75 Jahren mit dem Motto „Im Mittelpunkt der Mensch“ den christlichen Grundgedanken der Nächstenliebe ganz praktisch um.

Waren es in den Anfängen Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, die sich zu Selbsthilfegruppen zusammenschlossen, um ihre Interessen zu vertreten, ist der VdK heute Sprachrohr für soziale Gerechtigkeit und Solidarität.

Deshalb war es mir ein wichtiges Anliegen, am Festakt anlässlich dieses besonderen Jubiläums in Grünsfeld mit dabei zu sein und in einem Grußwort das großartige, überwiegend ehrenamtliche Engagement des Kreisverbands und seiner über 6000 Mitglieder zu würdigen.

Energie aus heimischen Böden - Regionale Energieschöpfungsmöglichkeiten nutzen



Wie wichtig eine regionale Energieversorgung ist, habe ich letzte Woche bei meinem Besuch bei der Bioenergie Tauberhöhe GmbH & Co KG anschaulich dargestellt bekommen. Die dortige Anlage speist hauptsächlich Biomethan in das öffentliche Erdgasnetz ein und versorgt damit mehrere tausend Haushalte im Jahr.

Biomasse als kostengünstige, sichere und flexible Energiequelle ist eine tragende Säule für eine zukunftsorientierte Energieversorgung. Daher braucht es eine massive Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie eine sozialverträgliche Förderlandschaft.

Die von der Ampel vorgesehene Versteifung auf bestimmte Technologien steht einer erfolgreichen und praxistauglichen Energiewende entgegen. Nur durch einen breiten, technologieoffenen Ansatz können bereits vor Ort vorhandene Potentiale effektiv genutzt und Innovationen in die Forschung weiterer nachhaltiger Wertschöpfungsmöglichkeiten angekurbelt werden.

Es braucht Anreize statt Verbote und zu strenge Vorgaben, die die Menschen überfordern. Dafür setzen wir uns als Union ein!

Jugend- und Vereinsmesse in Weikersheim



Vergangene Woche war ich in Weikersheim zu Besuch. Hier durfte ich mich von einem komplett neuen Format überzeugen. Die Stadt lud die Weikersheimer Vereine ein, ihren jeweiligen Verein bzw. deren Jugendarbeit vorzustellen.

So konnte ich auf der ersten Jugend- und Freizeitmesse in Weikersheim die Vielzahl der Vereine kennenlernen. Vom Sport über die Feuerwehr und das DLRG bis hin zu den Pfadfindern war eine große Vielzahl vertreten. Ein tolles Format! So konnten die Weikersheimer Schüler durch die unterschiedlichsten Sportbereiche schnuppern, sich die neuesten Werke bei der Bücherei ansehen, die Feuerwehr kennenlernen oder mal in einem DLRG Rettungsboot sitzen.

Dieses Format hat Zukunft und dient auf jeden Fall als Beispiel für andere Kommunen.

Verlängerung des Ausreisegewahrsams und Änderung des Aufenthaltsgesetzes



In erster Lesung beraten wir unseren Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung des Ausreisegewahrsams und Änderung des Aufenthaltsgesetzes. Damit greifen wir eine gemeinsam von den Ministerpräsidenten der Länder und dem Bundeskanzler am 10. Mai getroffene Vereinbarung auf.

Im Rahmen eines Maßnahmenpakets zur Steuerung und Begrenzung der irregulären Migration nach Deutschland wurde bei der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vereinbart, die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams von zehn auf 28 Tage zu verlängern. Der Ausreisegewahrsam ist ein Unterfall der Abschiebungshaft. So kann der Vollzug der Rückführung einer ausreisepflichtigen Person sichergestellt werden.

Mit unserem Gesetzentwurf halten wir nach, ob die Ampelkoalition bereit ist, den Ankündigungen des Bundeskanzlers auch Taten folgen zu lassen.

Ampel verfehlt eigene Ziele bei der Pflege (Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz – PUEG)



Am heutigen Freitag hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Ampel-Fraktionen das so genannte Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG) verabschiedet. Dieser Name hält bei weitem nicht, was er verspricht!

Wir haben als CDU/CSU-Bundestagsfraktion vier Änderungsanträge gestellt, die von der Ampelmehrheit leider abgelehnt wurden. Diese Anträge hatten zum Inhalt:

- einen gemeinsamen Jahresbetrag für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege bereits zum 1. Januar 2024 zu ermöglichen, ohne im Gegenzug die Dynamisierung der Pflegeleistungen zu kappen.
- die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages bei künftigen Beitragserhöhungen in vollem Umfang wieder herzustellen,
- das in der Coronapandemie etablierte strukturierte telefonische Begutachtungsverfahren beim Medizinischen Dienst auch künftig beizubehalten sowie
- die Etablierung eines Förderprogramms für Modellvorhaben für Pflegebedürftige vor Ort und im Quartier.

Zu diesen Punkten hat die Ampel ebenfalls Vorschläge erarbeitet, unsere Anträge waren jedoch weitgehender, für die Betroffenen vorteilhafter und rechtlich klarer. Die Bundesregierung bleibt mit diesem Gesetz weit hinter den eigenen Zielen aus dem Koalitionsvertrag zurück. Damit werden nachhaltige Problemlösungen auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben. Durch unterschiedliche Interessen gelähmt, blockieren sich die Koalitionsfraktionen auch in der Pflege gegenseitig.

Folgen Sie mir auch auf...

Arbeitszeiterfassung bürokratiarm ausgestalten – Mehr flexibles Arbeiten ermöglichen



Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in einer Entscheidung vom 14. Mai 2019 (C-55/18) festgehalten: Die Mitgliedstaaten müssen die Arbeitgeber verpflichten, ein System einzuführen, mit dem die geleistete Arbeitszeit erfasst werden kann.

Der EuGH hat den Mitgliedstaaten in der Umsetzung aber erhebliche Spielräume zubilligt. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat mit Beschluss vom 13. September 2022 (1 ABR 22/21) auf Grundlage der EuGH-Entscheidung festgestellt, dass grundsätzlich eine Pflicht für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Erfassung der Arbeitszeit besteht. Der Beschluss gibt keine Vorgaben darüber, auf welche Art und Weise eine Arbeitszeiterfassung erfolgen muss.

Im April 2023 wurde ein Entwurf des Bundesarbeitsministeriums zur Arbeitszeiterfassung bekannt. Dieser Entwurf würde sowohl die Beschäftigten als auch die Arbeitgeber mit überflüssiger Bürokratie gängeln und kleine und mittlere Unternehmen in besonderem Maße belasten.

Mit unserem Antrag, den wir in dieser Woche erstmalig beraten, machen wir

Vorschläge für eine unbürokratische Form der Arbeitszeiterfassung. Die Spielräume der EuGH-Entscheidung sollen genutzt werden. Außerdem sollen freiwillige Vertrauensarbeitszeiten weiterhin uneingeschränkt möglich sein. Darüber hinaus wollen wir das Arbeitszeitrecht reformieren und mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten vorsehen – auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern

Deshalb fordern wir die Einführung flexibler wöchentlicher statt täglicher Arbeitszeiten. Die Schutzvorschriften für Arbeitnehmer sollen dabei beibehalten werden.

Staatsangehörigkeitsrecht



Die Ampel-Bundesregierung hat einen Referentenentwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts vorgelegt. Im Kern will sie die Anforderungen zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft deutlich absenken. Das heißt konkret:

- Änderungen der Anforderungen an die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts
- Verkürzung der Mindestaufenthaltszeit bis zur Antragstellung auf die deutsche Staatsbürgerschaft (Regelfall: fünf statt acht Jahre bzw. bei besonderen Integrationsleistungen: drei statt sechs Jahre)
- Im Zweifel wird auf schriftliche Deutschkenntnisse und den Einbürgerungstest verzichtet
- Generelles Zulassen des Doppelpasses und Abschaffung der Optionspflicht

Wir als Union freuen uns grundsätzlich über jeden Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, der nach gelungener Integration eingebürgert werden

möchte. Bei erfolgreicher Integration ist geregelte Zuwanderung eine große Bereicherung für Deutschland.

Diesem Anspruch der „Einbürgerung als Ergebnis gelungener Integration genügt der Gesetzesentwurf der Ampel-Regierung aber gerade nicht.

Wir sehen dabei insbesondere folgende Punkte kritisch:

- Arbeit ist ein entscheidender Faktor für die erfolgreiche Integration und das „Ankommen“ in Deutschland. Der Anreiz zur Arbeit wird durch die Änderungen bei der Lebenshaltungssicherung jedenfalls teilweise verringert.
- Nein zum generellen Doppelpass! Wir sind der festen Überzeugung, dass in der Abwägung die Nachteile überwiegen, wie z.B. faktisch mehrfaches Wahlrecht in der EU und verstärkte Einflussmöglichkeiten ausländischer Staaten.
- Die Verkürzung der Mindestaufenthaltszeit sehen wir kritisch. Echte Integration braucht Zeit!

Fotogalerie



Vereinsmesse Weikersheim



Landesvertreterversammlung in Leinfelden-Echterdingen



Mein Geburtstag



Biogasanlage Tauberhöhe



VdK Gesundheitstage in Grünsfeld



Das Grundgesetz ist ein Garant für das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben in unserem Land.

CDU



Beitrag zum Tag des Grundgesetzes:

nina.warken Unser #Grundgesetz feiert heute seinen 74. #Geburtstag und ist vital wie eh und je. 🇩🇪🇵🇷

Es ist und bleibt das tragende #Fundament unseres #Rechtsstaats, welches es jeden Tag aufs Neue zu verteidigen, zu schützen und auch zu achten gilt. !!

Um all dem angemessen Rechnung zu tragen stellen wir als CDU/CSU-Fraktion morgen im Plenum des Deutschen Bundestages den #Antrag „Verfassung und Patriotismus als verbindendes Band stärken – Tag des Grundgesetzes am 23. Mai als #Gedenktag aufwerten“.

#Grundgesetz #TagDesGrundgesetzes #TagDesGrundgesetzes2023

Telefon: 030 227-78102, E-Mail: nina.warken@bundestag.de, Internet: nina-warken.de

IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Erstellung&Layout: Marcel Ditrich, Texte: Nina Warken/Team Warken.

Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titel S. 1, Handschellen S. 3, Arbeitszeit S. 4), Marcel Ditrich (Biogas S. 2 u. 5), CDU / Markusschwarze (PU-EG S. 3),

photothek.net / Ute Grabowsky (Staatsangehörigkeit S. 4), Margit Preißler (Pfungstrose S. 1), Peter D. Wagner (VdK S. 2), Dr. Joy Alemazung (LVV S. 1),

CDU BW (Grundgesetz S. 5), Team Warken (weitere Fotos).